

Erinnerungskultur in Offenburg: Bilanz und Blick in die Zukunft

Wolfgang M. Gall, Carmen Lötsch

Zwei geschichtspolitische Themen bestimmen seit fast vierzig Jahren die lokale Erinnerungskultur der Stadt Offenburg: Die Erinnerung an und die Auseinandersetzung mit der badischen Revolution von 1847–1849 sowie „Verfolgung und Widerstand“ in der NS-Zeit. In den beiden vergangenen Jahren zog die Kulturverwaltung gemeinsam mit dem Kulturausschuss und dem Gemeinderat eine Bilanz über die städtische Erinnerungskultur der letzten vier Jahrzehnte und setzte die inhaltlichen Schwerpunkte für die zukünftige städtische Erinnerungspolitik. Gemeinsam entschied man sich bewusst dafür, dass auch in Zukunft „NS-Vergangenheit“ einerseits und „Demokratiebewegung des Vormärz“ andererseits Schwerpunkte der Erinnerungskultur in Offenburg bilden sollen. Der folgende Beitrag beschäftigt sich ausführlich mit der kommunalen Erinnerungskultur und ihrer Zukunft.

Was verstehen wir unter Erinnerungskultur?

„Erinnerungskultur“ bezeichnet den Umgang des Einzelnen und der Gesellschaft mit ihrer Vergangenheit und Geschichte. Unsere persönliche Geschichte beginnt nicht erst mit unserer Geburt, vielmehr ist sie Teil einer viel größeren Geschichte; der Geschichte unserer Eltern, unserer Stadt, unseres Landes – oder wie die Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann sagen würde: „Menschen sind als Individuen zwar ‚unteilbar‘, aber keineswegs selbstgenügsame Einheiten. Sie sind immer schon Teil größerer Zusammenhänge, in die sie eingebettet sind und ohne die sie nicht existieren können. Jedes ‚Ich‘ ist verknüpft mit einem ‚Wir‘, von dem es wichtige Grundlagen seiner eigenen Identität bezieht“ (Assmann, S. 21). Die Geschichte unseres Lebens ist stets eingebettet in die Geschichte der Gemeinschaften (Wir-Gruppen), von denen wir unsere Identität herleiten (Herkunftsfamilie, Geschlecht, Ethnie, Jahrgangsgruppe, Neigungsgemeinschaften wie Nachbarschaften und Freundschaften). Als Individuum haben wir dennoch unsere ganz eigene Geschichte, die wir stets neu erzählen und damit auch in gewisser Weise neu konstruieren. Neue Erfahrungen und Erkenntnisse beeinflussen unser Konstrukt der eigenen Identität.

Manche Wir-Gruppen und Neigungsgemeinschaften lösen sich durch Mobilität und Wandel der Lebensphasen immer wieder auf und werden durch neue ersetzt.

Vergleichbares lässt sich auch für die Identität von Gesellschaft und gesellschaftlichen Gruppen feststellen. Stark verkürzt können wir sagen: Im Laufe der Zeit erleben Mitglieder einer Gruppe ähnliche und vergleichbare Geschichten. Diese werden durch gegenseitiges Erzählen, durch Interpretation und Kommentierung zum Teil der gemeinsamen Identität. Mündlich tradiert oder schriftlich fixiert gehen sie in das kollektive Gedächtnis der Gruppe ein.

Auch eine Stadtgesellschaft ist eine solche Gruppe und verfügt in besonderem Maße über ein gemeinsames, ein kollektives Gedächtnis. Die hier gespeicherten Geschichten und der gemeinsame Umgang damit bestimmen in hohem Maße die Identität einer Stadtgesellschaft und damit das Zugehörigkeitsgefühl ihrer Bürgerinnen und Bürger. Durch öffentliche Einrichtungen wie Archive, Museen, Bibliotheken werden die als gemeinsam empfundenen Erinnerungen in Form von Objekten und Dokumenten gespeichert und der Bürgergesellschaft zugänglich gemacht – gemeinsame Erinnerungen werden so quasi institutionalisiert.

Doch Vorsicht: Der Rekurs auf die eigene Geschichte wirkt nicht automatisch in einem positiven Sinne. Er kann auch eher ambivalent verlaufen. Er liefert, wie sich am Beispiel der sogenannten „Dolchstoßlegende“, an den Bürgerkriegen auf dem Balkan zu Beginn der 1990er Jahre oder der Entwicklung um die Krim zeigen lässt, unter Umständen *auch den Stoff* für aggressive Mythenbildungen, die in kriegerische Konflikte münden können. Identitätsstiftung kann zugleich sowohl gefährlich als auch überlebenswichtig sein. Je nachdem, ist sie Mittel zum Schüren von Gewalt oder zur *Pazifizierung und Gewaltprävention*.

Auf kommunaler Ebene ist die Auseinandersetzung mit der Erinnerungskultur im Stadtarchiv verortet, das schon von Gesetzes wegen für die Überlieferung des Verwaltungshandelns – durch die Archivierung von Dokumenten – verantwortlich ist. Neben der Bewahrung des städtischen Schriftgutes betrachtet das Archiv das Auffinden und die Übernahme von Unterlagen als wichtige Aufgabe, die beispielsweise das Wirken von Bürgerinitiativen in Form von Flugblättern, Plakaten, Protokollen festhalten oder persönlichen Erinnerungsstücken von Menschen, die in einer Kommune gewirkt haben. Die Überlieferung soll dabei möglichst die große Vielfalt gesellschaftlichen Tuns abbilden.

Das Kommunalmuseum wiederum sammelt Objekte, die einen hohen Aussagewert besitzen oder symbolisch für wichtige Ereignisse und Entwicklungen in der Stadtgeschichte stehen. Die Inszenierung in einer Ausstellung erklärt später den historischen Kontext und stellt eines der Vermittlungsangebote dar. So können Archiv und Museum gemeinsam für die Besucher die Zusammenhänge, auch mit gegenwärtigen Entwicklungen, herstellen. An Gedenktagen werden vergangene Ereignisse so gedeutet, kommuniziert und praktiziert, dass sie gegenwärtig bleiben, dass „Vergangenheit und Gegenwart an bestimmten Orten und in bestimmten Handlungen ineinanderfließen (Assmann, S. 54 ff.).“

Auch Erinnerungsorte wie beispielsweise historisch bedeutende Gebäude, Denkmale, Friedhöfe, Straßennamen einer Kommune können identitätsstiftend für die Stadtbevölkerung wirken. Das geschieht immer dann, wenn persönliche Erinnerungen für die eigene Identität als relevant eingestuft und mit dem jeweiligen Symbol verknüpft werden können. Die persönlichen Erinnerungen müssen mit dem historischen Ereignis nicht direkt verbunden sein. Die Erinnerung muss nicht positiv besetzt sein, sie kann durchaus konflikthaft oder negativ konnotiert sein.

Kennzeichen der städtischen Erinnerungskultur in Offenburg

In Offenburg stehen, wie anfangs erwähnt, zwei herausragende historische Ereignisse im Mittelpunkt der städtischen Erinnerungskultur: das Erforschen und Gedenken an die Demokratiebewegung des Vormärz und die Revolution von 1848/49 sowie an die Zeit der NS-Herrschaft und des Holocausts. Mit dem „Salmen“ verfügt Offenburg über ein außergewöhnliches *Kulturdenkmal von nationaler Bedeutung*, das symbolhaft zugleich für diese beiden Aspekte der deutschen Geschichte steht.

Umgang mit der liberalen und demokratischen Tradition von Vormärz und der Revolution 1848/49

Das historische Gedenken an das Ereignis „1848“ geht auf das Jahr 1874 zurück. Erstmals zum 25. Gedenken an die gescheiterte Revolution von 1848/49 fanden ausschließlich in den deutschen Großstädten Frankfurt und Berlin und in Südwestdeutschland einige wenige Veranstaltungen statt. In den darauffolgenden 140 Jahren wurde die Erinnerung an 1848/49 je nach „politischer Wetterlage“ wachgehalten, verdrängt, umgedeutet oder vergessen.

Erst mit der Würdigung des Salmen als öffentlicher Erinnerungs- und Veranstaltungsstätte und durch die von der Offenburger Ehrenbürgerin Aenne Burda gestiftete Skulptur von Jonathan Borofsky „Freiheit männlich/weiblich“ haben die Ereignisse von 1847 bis 1849 eine herausgehobene Würdigung erfahren. Inzwischen setzt die Stadt ein neues Zeichen ein. Aus einem Wettbewerb hervorgegangen ist das „Manifest für die Freiheit“, das die 13 Forderungen des Volkes in Baden symbolisiert.

Die von verschiedenen politischen Gruppen und Persönlichkeiten wach gehaltene Erinnerung an die Offenburger Ereignisse lässt sich auch in Offenburg bis in das Jahr 1874 zurückführen, als Linksliberale und Sozialdemokraten mit Veranstaltungen und Gedenkveranstaltungen an das Schicksal der Exilierten und getöteten Revolutionäre erinnerten. Aus dem Kampf um das Totengedächtnis der 1848/49er-Revolution entwickelte sich in den Folgejahren ein erbitterter Kampf um den Platz der Demokraten von 1848/49 im deutschen Kaiserreich und die Durchsetzung demokratischer Rechte. Erst während der Regierungszeit der Weimarer Republik erhielt die demokratische Erinnerung an 1848/49 von staatlicher Seite offizielle Unterstützung. Nach der Einverleibung Österreichs 1938 vereinnahmten die Nationalsozialisten im 90. Gedenkjahr die Forderung nach „nationaler Einheit“ von 1848 und stellten sich als Vollender „Großdeutschlands“ ebenfalls in diese Tradition.

Im Jahr 1947 unterstützte die französische Militärverwaltung die Initiative der Stadtverwaltung, den 100. Jahrestag der Offenburger Versammlung mit einer Gedenkfeier in der Stadthalle zu begehen. Mit einem demokratischen Ritual sollte ein Kontrapunkt zu den NS-Propagandafeiern zwischen 1933 und 1945 gesetzt werden. Allerdings fand die Feier fast ohne aktive Beteiligung der Bevölkerung statt. Die hatte mit materiellen Notlagen zu kämpfen und zeigte für politische, insbesondere demokratische Traditionen während der Besatzungszeit wenig Verständnis. Bei den Jahrhundertfeiern der Badischen Revolution gebührt der Stadt Offenburg dennoch „das Verdienst der Vorreiterschaft“ (Kurt Hochstuhl), kam doch aus ihren Mauern jener erste Vorstoß, der die ganzen Gedenkveranstaltungen ins Rollen bringen sollte.

Das populäre Gedenken an die Demokratiebewegung ist ein relativ junges Phänomen, auch in Offenburg. Daran haben insbesondere die badischen Kommunalarchive auf Initiative der Städte Karlsruhe und Offenburg großen Anteil. Die Offenburger Forderungen des Volkes und die Demokratiebewegung



Abb. 1: Szenen vom Offenburger Freiheitsfest (1997)

sind tatsächlich mit dem Freiheitsfest 1997 wieder in das Bewusstsein der Stadtgesellschaft vorgedrungen. Die Frage, wie eine demokratische Festtradition in einer ritualisierten Form in der Kommune verankert werden kann, wurde dennoch zum Teil heftig öffentlich diskutiert.

1980 gelang eine Popularisierung des revolutionären Erbes in Offenburg erstmals bei den Heimattagen Baden-Württemberg mit einer großen Ausstellung. Diese trug den Titel *Offenburg und die badische Revolution von 1848/49*. Mit dieser Präsentation brachte das Stadtarchiv zum Ausdruck, dass sich Heimatgeschichte nicht auf das Betrauern der sogenannten „guten alten Zeit“ beschränken darf, sondern die demokratisch-revolutionäre Bewegung als Teil der Heimatgeschichte zu betrachten ist.

Wie bereits 1947 ging die Gedenkinitiative im deutschen Südwesten 1997 erneut von Offenburg aus. Vonseiten der Stadt wurde die wissenschaftliche Aufarbeitung und Vernetzung mit anderen ehemaligen Revolutionsstädten vorangetrieben. Es scheint so, als habe die 1848er-Revolution im deutschen Südwesten inzwischen ein Heimrecht erhalten. Selbst radikalere Revolutionäre wie Hecker und Struve erhielten einen Ehrenplatz in der historischen Ahnengalerie. Diese unverkrampfte Haltung markierte zugleich das „Ende der deutsch-deutschen Erbschaftsfehden“ und die Befreiung von ideologischem Ballast, die eine Neubewertung der politischen Rolle von Demokraten und Republikanern in der Revolution ermöglichte.

Mit Kolloquien und populärwissenschaftlichen Publikationen gelang es der Stadt Offenburg, breite Bevölkerungskreise

über die Ereignisse von 1848/49 zu informieren und sie an der öffentlichen Erinnerungskultur partizipieren zu lassen. Hatte das Revolutionsjubiläum 1947 noch in der halbvollen Stadthalle stattgefunden, gelang beim 150. Jubiläum die Popularisierung unter dem Motto *Der Freiheit ein Fest*. Den Höhepunkt bildete das dreitägige Offenburger „Freiheitsfest“, an dem über 130 000 Besucher teilnahmen. Inzwischen ist dieses Fest selbst in die Erinnerungskultur der Stadt eingegangen.

Mit der Einweihung des „Salmen“ als Erinnerungs- und Veranstaltungsstätte durch den damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau (2002) hat sich Offenburg für einen bewussten Umgang mit dem demokratischen Aufbruch von 1847 entschieden. Dabei wurde gerade NICHT ausgeblendet, dass der Salmen zugleich für die kollektive Zerstörung der Menschenrechte steht. Vielmehr verfolgt die Stadt Offenburg das Konzept, hier zwei extreme gesellschaftspolitische Ereignisse zu verdeutlichen, die zugleich Teil der Offenburger Stadtgeschichte sind und für die der Offenburger Salmen steht.

Der „Salmen“ ist seither als „Denkmal von nationaler Bedeutung“ eingeordnet und gehört zu den wichtigsten Erinnerungsorten Baden-Württembergs. Dieser Ort ist ein Kristallisationspunkt der Erinnerung, der sich durch eine besondere symbolische Bedeutung auszeichnet: Er steht für eine differenzierte Erinnerung, die einerseits die demokratischen Traditionen der Stadt umfasst und andererseits deren Zerstörung thematisiert. Der damalige Bundespräsident Johannes Rau fasste diesen Sachverhalt in seiner Eröffnungsrede zusammen: „Wir leben in einer Zeit, in der nicht nur die jungen Menschen, sondern auch wir Ältere Demokratie hinnehmen, als sei sie eine



Abb. 2: Bundespräsident Johannes Rau mit dem damaligen Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Bruder vor der Gedenkwand im Salmen (2002)

Selbstverständlichkeit. Erst wenn wir uns vergewissern, dass Menschen dafür ihr Leben gegeben haben, erst dann wird uns deutlich, was auf dem Spiel steht, wenn die Demokratie gefährdet ist, und darum meine ich, ein solcher Ort wie der Salmen kann uns das deutlich machen.“

Seit 2003 finden im Offenburger „Salmen“, neben vielen herausragenden Veranstaltungen, jährlich zwei bedeutende Erinnerungs- und Gedenkformate statt. Bei den Salmengesprächen am 12. September werden Themen zum Demokratieverständnis kontrovers diskutiert; am 9. November erinnert Offenburg an das Schicksal der Offenburger Juden. Beide Veranstaltungen gehen dabei über den rein historischen Rahmen hinaus und beziehen aktuelle Entwicklungen mit ein. Im „Salmen“ finden auch die Sitzungen des Offenburger Gemeinderates statt. Mit der Entscheidung für den „Salmen“ trägt der Gemeinderat in besonderem Maße dazu bei, dass die Erinnerungen an den Vormärz einerseits sowie an Diktatur, Gewalt und Unrecht andererseits im kollektiven Gedächtnis der Stadtgesellschaft aktuell bleiben.

Umgang mit der eigenen NS-Zeit

Nach 1945, bedingt durch die Gewalterfahrungen des zweiten Weltkrieges sowie den Holocaust mit den unmenschlichen Erfahrungen des Massentötens von Menschen, wurde eine völlig neue Bewertung der kollektiven Erinnerungen notwendig. Dies stellte ungekannte Herausforderungen an das individuelle Erinnern und das kollektive Gedächtnis. Geschichtswissenschaft in Deutschland und Europa und große Teile der Gesellschaft interpretieren und beurteilen aufgrund dieser Erfahrungen auch frühere Gewaltexzesse heute neu und oft ganz anders.

Die negative Erinnerung an den Holocaust und die gesellschaftliche Schuld bilden heute einen Kern der Identität der Deutschen. Im Verlauf der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte scheint es in den vergangenen Jahrzehnten gelungen zu sein, Schuld nicht abzuwehren, sondern sich dieser zu stellen.

Wird der „Schatten“ der NS-Zeit weiter wirken? Der renommierte Historiker Christian Meier ist der Ansicht, dass wir ein unbefangenes Verhältnis zu unserer Geschichte nicht wieder gewinnen. Unter diesem „Schatten“ dürften wir allerdings nicht Zukunftslosigkeit oder Selbsthass verstehen. Eine negative Erinnerung sei keineswegs mit einem „negativen Selbstbild“ gleichzusetzen. Sie ist in das Fundament des deutschen Staates eingeebrannt. Dieses Stigma sei jedoch in positive und

zukunftsweisende Werte konvertierbar: in die Affirmation von Menschenrechten, die in der Präambel des Grundgesetzes eingegangen ist. Es sind die Grundwerte, mit denen sich unser Land wieder in die Gemeinschaft der zivilen Nationen eingereiht hat. Mit wachsender Distanz zur Zeit des Nationalsozialismus wird, so Meier, das (persönliche) Erfahrungsgedächtnis unweigerlich verloren gehen.

Was passiert an dieser Generationenschwelle, die wir gerade erleben? Der Historiker Reinhard Koselleck vermutete Anfang der 1990er Jahre, dass der Übergang vom biografischen Erfahrungsgedächtnis zu einem externalisierten und mediatisierten Gedächtnis mit einem Verblässen und Entemotionalisieren der Holocaustgeschichte einhergehen würde. Doch hat man heute eher den gegenteiligen Eindruck, wenn man die Entwicklung in Literatur und Film betrachtet.

In den letzten Jahrzehnten ist eine nationale und transnationale „Erinnerungslandschaft“ entstanden, die den Holocaust zumindest in den westlichen Staaten als einen zentralen gemeinsamen historischen Bezugspunkt etabliert hat. Der überall auf der Welt verbreitete „memory boom“ führte zu einer starken Emotionalisierung der Geschichte durch Mediendebatten, Ausstellungen, Autobiografien und Familienromane, Videozeugnisse, Installationen und Doku-Shows. Wir stehen dem Unfassbaren nicht mehr Aug' in Aug' gegenüber, sondern sind Teil einer Welt, die von dieser Erinnerung stark geprägt ist. Diese Erinnerung ist nicht mehr primär die Wiedergabe von selbst erlebten Ereignissen, sondern ist in die Verarbeitung in sprachlicher oder bildlicher Gestalt übergegangen.

Nach der Gründung der Bundesrepublik war an eine aktive Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen zunächst einmal nicht zu denken. Die Demokratie als Staatsform hatten die Deutschen akzeptiert. Die mit ihr als Lebensform verbundenen Haltungen und Handlungen waren jedoch noch wenig entwickelt. Nach wie vor gab es große Zustimmung für Vorstellungen einer „deutschen Volksgemeinschaft“, die sich gegen die demokratische Lebensweise des sogenannten „Westens“ ebenso verteidigen müsste, wie gegen den sowjetisch dominierten, kommunistischen „Osten“.

Die zur Zeit des Nationalsozialismus in die USA emigrierte Philosophin Hannah Arendt machte 1950 bei einer Reise durch Deutschland die Beobachtung einer „tiefverwurzelten, hartnäckigen, gelegentlich brutalen Weigerung, sich dem tatsächlichen Geschehen zu stellen“. Die von den USA nach anglo-amerikanischem Muster wegen Verbrechen gegen den Frieden,

wegen Kriegsverbrechen und wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilten Funktionsträger der Wehrmacht, der Bürokratie, der Justiz, der Industrie, der SS und der Ärzteschaft galten für die damalige Bundesregierung ganz überwiegend als illegitim Verfolgte.

Die am Oberrhein während der französischen Besatzung (1945–49) durchgeführten Entnazifizierungsverfahren hatten partiell eine Entfernung von Nationalsozialisten aus städtischen Behörden zur Folge. In Offenburg sorgte der sogenannte Synagogenprozess für die Bestrafung eines Teils der verantwortlichen NS-Funktionäre.

Allerdings führte die im Jahr 1949 durchgeführte Täteramnestie zu einem erneuten Zustrom ehemaliger NSDAP-Mitglieder in die Verwaltungen, sodass in manchen staatlichen Behörden der Anteil der ehemaligen NSDAP-Mitglieder sogar noch höher wurde als zwischen 1933 und 1945.

Die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit wurde in den 1950er Jahren vermieden. Die Häufung antisemitischer Ausschreitungen und Schmierereien sorgte erst ab 1959 für eine langsame Kehrtwende. Offenburg kam bundesweit mit dem „Fall Zind“ in die Schlagzeilen. Der Gymnasiallehrer und Vorsitzende des hiesigen Turnvereins, Ludwig Zind, machte gegenüber einem Holocaustüberlebenden in einer Gaststätte stark antisemitische Äußerungen. Es kam zum Prozess. Zind, der 1924 als Jugendlicher zum Kreis der Mitbegründer der örtlichen NSDAP gehörte, wurde verurteilt, entzog sich jedoch der Verhaftung durch Flucht nach Libyen. Skandalös war nicht allein das Verhalten Zinds, der sich von seinen Äußerungen nicht distanzierte, sondern auch die vielen, teilweise ebenso antisemitischen Sympathiebekundungen aus der bürgerlichen Bevölkerung Offenburgs.

Im sogenannten „Schlüsseljahr“ 1959 startete eine bildungspolitische Initiative, in deren Zentrum die demokratische Bildung und Erziehung stand. Die Schule sollte fortan zum zentralen (Lern-) Ort für Demokratie und für demokratisches Denken und Handeln werden und eine „Erziehung nach Auschwitz“ (Max Horkheimer) in Gang setzen. Es handelte sich dabei um eine transatlantische Initiative, bei der zwischen 1960 und 1971 deutsche Lehrer, Hochschullehrer und Bildungspolitiker die USA bereisten, um Erfahrungen für Reformen in den deutschen Schulen zu sammeln und diese zum Ort des Demokratielernens transformieren zu können.

Bundestagspräsident Norbert Lammert brachte es in seiner Rede bei der Gedenkfeier des Bundestages am Internationalen Holocaust-Gedenktag, am 27. Januar 2017, auf den Punkt: „Er-

schütternd ist auch die jahrelange Gleichgültigkeit in Wissenschaft, Medien und Politik. Eine Aufarbeitung fand lange Zeit nicht statt. Im Gegenteil: Ehemalige Täter wurden zu Ordinarien befördert, mit Verdienstkreuzen geehrt, ihre Taten wurden verdrängt und vor allem: Die Opfer wurden vergessen. Auch hier gilt Scham wohl als wesentliches Motiv, Scham darüber, Schreckliches getan, zugelassen oder gebilligt zu haben. Wegen solcher Verdrängung und Verleugnung dauerte es Jahrzehnte, bis ein Sinneswandel einsetzte (...) Dass Gedenken überhaupt möglich wurde, geht auf das unermüdliche Engagement Einzelner zurück. Ihnen schulden wir umso größeren Dank, als sie lange Zeit heftiger Kritik ausgesetzt waren und als Nestbeschmutzer galten.“

Diese Öffnung wirkte sich mittelfristig auf die Hochschulen und Schulen, auf Kommunen und Gesellschaft aus. Gestärkt wurde die Wiederaufnahme der Vergangenheitspolitik durch den in der Öffentlichkeit diskutierten Ulmer-Einsatzgruppenprozess (1958) und den Auschwitz-Prozess (1964–65). Sie zeigten, dass viele nationalsozialistische Verbrecher unerkannt in der Gesellschaft lebten, und dass die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit nicht mit der Aburteilung der wenigen Haupttäter beendet war.

Mit der 1968er-Bewegung vollzog sich kein Neuanfang der Aufarbeitung – entgegen einem verbreiteten Mythos. Aber sie initiierte eine intensive politische Abrechnung der nachwachsenden zweiten Generation mit der schweigenden Elterngeneration. Es folgten große geschichtspolitische Debatten wie beispielsweise der Historikerstreit (1986), die Weizsäcker-Rede (1985), die Jenninger-Rede (1986), die Wehrmachts-Ausstellung (1995 ff.) und eine zunehmende Medialisierung (Fernsehserie Holocaust 1977).

Diese bundesrepublikanischen Entwicklungen haben den Offenburger Umgang mit der NS-Zeit und den NS-Verbrechen mitbestimmt. Eine konstruktive geschichtspolitische Auseinandersetzung mit der lokalen NS-Geschichte kam hier mit dem damaligen Kulturamtsleiter Dr. Hans-Joachim Fliedner in Gang. Ihm gelang eine Neuausrichtung der städtischen Erinnerungskultur, die bis heute positiv nachwirkt. Wichtig war dabei die Stärkung von Stadtarchiv und Museum als Stätten der Forschung und historischen Bildungsarbeit. Was mit einem Forschungsprojekt „Verfolgung und Widerstand“ begann, entwickelte sich zu einem erinnerungspolitischen Prozess in Offenburg, der bis heute aktuell geblieben ist: Er findet seinen wichtigsten Erinnerungsort heute in dem Offenburger Kulturdenkmal „Salmen“. Am Beginn der neuen erinnerungspolitischen Wende



Abb. 3: Landesrabbiner Levinson bei der Einweihung der Gedenktafel am Salmen (1978)

stand die Anbringung einer Gedenktafel an der Außenfassade des Salmen zum 40. Jahrestag der Novemberpogrome im Jahr 1978, die an beide Entwicklungen erinnert: An die freiheitliche des Vormärz und zugleich an die Tilgung der freiheitlichen Rechte im Nationalsozialismus.

Das Forschungsprojekt zur NS-Geschichte, das zwischen 1982 und 1999 von drei Historiker/innen durchgeführt wurde, schuf die Basis für eine ganze erinnerungspolitische Palette, die so Breitenwirkung entfalten konnte. Dazu gehören neben den städtischen Kulturangeboten (Musik, Theater, Film, Erwachsenenbildung, Museumspädagogik, Schulprojekte, universitäre Projekte, Privatinitiativen, Veröffentlichungen, Gedenktafeln, Gedenksteine, Stolpersteine, politische Veranstaltungen, Zeitzeugenveranstaltungen und Vorträge) auch persönliche Begegnungen mit Holocaust-Überlebenden und den Angehörigen Ermordeter, ehemaligen Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen. Hier seien beispielhaft Heinz Baum, Arnold Lederer, Eva Mendelsson, Erwin Neu, Hans Oden und Dorothea Siegler-Wiegand genannt. Sehr viele und wichtige Publikationen über die Geschichte der Offenburger Juden verfasste Dr. Martin Ruch, 2004 folgte ein stadthistorischer Band von Klaus Eisele und Joachim Scholtyseck „Offenburg 1919–49“. Am 27. Januar 2017 ehrte die Stadt Offenburg Eva Mendelsson und Dr. Martin Ruch für ihre Verdienste bei der Aufarbeitung der Verbrechen der NS-Zeit.

Seit inzwischen acht Jahren beschäftigt sich das Stadtarchiv mit Forschungen zu den lokalen NS-Tätern und Mitläufern. Daraus entstand 2014 die Initiative, die NS-Belastung von Straßennamen zu untersuchen. Im Rahmen der Überprüfung der

Abb. 4: Ehemalige osteuropäische Zwangsarbeiter aus Polen, Belarus der Ukraine und Russland vor dem Offenburger Rathaus (2003)



757 Offenburger Straßennamen erstellte das Archiv 2015 eine Ausgangsliste mit 53 Personennamen (ca. 7% aller Straßennamen). Es handelt sich um Persönlichkeiten, die während der Weimarer Republik und der Zeit des Dritten Reiches lebten und in dieser Zeit gewirkt haben. Ausgewählt wurden alle Namensgeber, die nach 1840 geboren wurden und nach 1933 starben. Zusätzlich untersuchte das Archiv alle Benennungen nach Straßen, die zwischen 1933 und 1945 vorgenommen wurden. Es ging dabei um die Frage, ob sich unter den Namen Persönlichkeiten befinden, die aufgrund ihrer politisch entscheidenden Position NS-Unrechtsmaßnahmen ermöglicht oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder im Rahmen der Gewalt Herrschaft begangen hatten.

Die Studie kam zum Ergebnis, dass sich unter den Untersuchten überwiegend sogenannte Mitläufer befanden. Als einzige politisch höchst umstrittene Persönlichkeit wurde Reichspräsident Paul von Hindenburg benannt. Nach einer heftigen Mediendebatte fand am 6. November 2016 eine Bürgerveranstaltung mit über 200 Besuchern statt, bei der die Anwesenden nach einer Podiumsdiskussion mit dem bekannten Historiker Professor Dr. Peter Steinbach an Bürgertischen ihre Meinung äußern konnten. Verwaltung und Gemeinderat bezogen die Ergebnisse in ihre Beschlussentscheidung mit ein. Die Gemeinderatssitzung vom 21. November 2016 brachte zum Ausdruck, dass Paul von Hindenburg als eine höchst ambivalente und kritische Persönlichkeit in Hinblick auf dessen Haltung zu Adolf Hitler und die NSDAP darstelle und dies kritisch zu kommentieren sei, lehnte jedoch eine Umbenennung ab.

Die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte und der Erinnerungskultur, so zeigte auch die Straßennamen-Debatte, kann und darf nicht ausschließlich durch die Verwaltung getragen werden. Sie kann erst dann als lebendig gelten, wenn sie mitten in der Stadtgesellschaft angekommen ist. Für Offenburg ist es daher besonders wichtig, dass sich Offenburger Kirchen, die Schulen, die Gewerkschaften, Vereine und mit ihnen viele Bürgerinnen und Bürger engagieren.

In den vergangenen Jahren haben sich Politik und Gesellschaft stark verändert. Die Distanz zur Zeit des Dritten Reiches ist gewachsen, die nachfolgenden Generationen haben eine andere Beziehung zur NS-Geschichte als die Generation der persönlich Betroffenen und deren Kinder. Familien mit Migrationshintergrund bringen eigene Gedenkkulturen und Wertvorstellungen mit. Und auch das politische Weltssystem hat sich in einer vor Jahren nicht für möglich gehaltenen Dynamik von der unmittelbaren Nachkriegszeit des Zweiten Weltkriegs entfernt. Aktuelle Krisen, Kriege und ethnische Verbrechen lassen die NS-Zeit in den Hintergrund treten. Gleichzeitig gewinnen die Menschenrechte plötzlich auch mitten in unserer Gesellschaft erneut an Bedeutung, insbesondere durch Gefahren des internationalen Terrorismus und durch rechtspopulistische Bewegungen.

Im Januar 2017, kurz vor dem Holocaust-Gedenktag, brachte die AfD im Haushaltsausschuss des Landtags einen Antrag ein, mit dem sie der NS-Gedenkstätte Gurs die Fördergelder komplett entziehen wollte. In das 1939 errichtete ehemalige Lager Gurs in Frankreich am Fuße der Pyrenäen waren Juden aus dem badischen Landesteil deportiert worden. Die finanzielle Unterstützung der Gedenkstätte sei „in Zeiten der Haushaltskonsolidierung nicht zu erklären. Die Landesregierung vernachlässigt ihre Kernaufgaben“, lautete die Begründung der AfD zu ihrem Vorschlag, den Betrag in Höhe von 120.000 Euro zu streichen. In dieses Bild passt indes ein weiterer AfD-Antrag, der darauf abzielte, Zuschüsse für Fahrten zu „Gedenkstätten nationalsozialistischen Unrechts“ umzuwidmen für Fahrten zu „bedeutsamen Stätten der deutschen Geschichte“. Beide Anträge wurden abgelehnt.

Grundsätzliche Überlegungen einer künftigen Erinnerungskultur

Es ist Aufgabe einer modernen städtischen Erinnerungskultur, allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu den gemeinsamen Erinnerungen zu ermöglichen – und zwar unabhängig

vom individuellen Standpunkt und Erfahrungshorizont des Einwohners. In unserer sich verändernden Gesellschaft ist daher nicht allein die Standortbestimmung aus städtischer Sicht wichtig. Wir müssen auch die Menschen betrachten, für die wir mitverantwortlich sind. Nur so können wir sie erreichen. Grob können wir dabei vier Gruppen unterscheiden:

1. Die Generation derer, die die Zeit des Nationalsozialismus, des Zweiten Weltkriegs, Flucht und Vertreibung noch selbst erlebt haben. Diese Generation hat persönliche Erfahrungen als Kind, Jugendlicher oder Erwachsener mit dem totalitären Staat, mit Krieg, Kriegsfolgen und damit verbundenen Traumata;
2. Die Generation derer, die nach 1945 geboren sind und die Zeiten des Kalten Krieges, der Aufarbeitung des Unrechts bewusst erlebt haben. Sie haben Erfahrungen mit den Traumata der Elterngeneration und Erfahrungen mit der Zeit des Post-Nationalsozialismus, in dem die Nachwirkungen des totalitären Staates noch erfahrbar waren. Sie hatten passiv oder aktiv teil an der unmittelbaren Aufarbeitung;
3. Die sogenannte Enkelgeneration, die junge Generation derer, für die der Nationalsozialismus und die Nachkriegszeit Historie im eigentlichen Sinne sind. Sie haben keine persönlichen Erfahrungen mit Diktatur, Krieg, Flucht und/oder Vertreibung;
4. Die Menschen, die aus anderen Ländern, mit ihren eigenen Kriegs-, Flucht- und Vertreibungserfahrungen oder Totalitarismus-Erfahrungen nach Deutschland gekommen sind. Für diese Menschen überlagern die persönlichen Erfahrungen die von uns erzählte Geschichte.

Der Historiker Götz Aly betonte in einem eindrucksvollen Vortrag am 9. November 2015 in Offenburg, die Antisemiten von gestern seien nicht gänzlich andere Menschen gewesen als wir heute. Diese Aussage enthält Sprengkraft und ist für die Erinnerungskultur von großer gesellschaftspolitischer Bedeutung, denn die zeitliche und emotionale Distanzierung lässt Geschichte erstarren und macht sie handhabbar für die Pflege eines vermeintlich unproblematischen, gesellschaftlichen Selbstbildes. Schließlich geben die NS-Verbrechen immer eine Kontrastfolie für die Gegenwart. Eine Gegenwart, die uns bis vor kurzem noch heil, friedlich und gerecht erschien. Die weltpolitischen Entwicklungen der letzten Jahre, insbesondere die ethnischen Säuberungen und Massenverbrechen und jüngst der IS-Terror und die damit einhergehenden Flüchtlingsbewegungen machen deutlich, dass wir uns nicht selbstzufrieden

zurücklehnen können. Vielmehr wird eine aktive Erinnerungskultur mit darüber entscheiden, wie uns langfristig der Umgang mit den Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft gelingen kann.

Flüchtlingsströme aus den Kriegs- und Krisengebieten dieser Welt tragen neue Herausforderungen direkt in unsere Stadtgesellschaft hinein. Neben kurzfristige Aufgaben wie Unterbringung, Versorgung mit dem Lebensnotwendigen und der Organisation von Spracherwerb werden vermehrt Langzeitaufgaben treten:

1. Wir müssen immer wieder auf ein Neues deutlich machen, wofür unsere Gesellschaft steht. Diese Haltung müssen wir Menschen mit ganz unterschiedlichen Erfahrungshintergründen begreifbar machen. Im Idealfall ermöglichen wir den Neubürgern damit, unsere Werte als Teil der neuen, eigenen Identität zu akzeptieren.
2. Wir müssen der „alteingesessenen“ Bevölkerung auch unter dem Eindruck einer sich stark verändernden Lage ein Fundament für ihre eigene Verortung ermöglichen, sodass in der sich verändernden Stadtidentität Bekanntes und Anerkanntes als Konstanten erhalten bleiben.

In den vergangenen Monaten sahen wir vor allem im Osten Deutschlands, insbesondere im Freistaat Sachsen, was geschehen kann, wenn kein Konsens über eine gemeinsame Identität (mehr) besteht; wenn diese Identität verloren ging in einer Umbruchsituation und es offensichtlich nicht ausreichend gelungen ist, einen bedeutenden Teil der Gesellschaft an der Erarbeitung einer neuen Identität teilhaben zu lassen.

Zeitzeugen des Nationalsozialismus und deren unmittelbare Nachkommen

Die Erinnerungskultur der Stadt Offenburg, und das ist im Prinzip typisch für den Westen Deutschlands, hat sich in den vergangenen Jahrzehnten im Spannungsfeld zwischen zwei Generationen entwickelt: Denen, die den Nationalsozialismus, den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen selbst erlebt haben, und jenen Nachgeborenen, die überaus kritische Fragen an ihre Eltern und Großeltern stellten.

Was heute in wenigen Worten zusammengefasst werden kann, war ein langwieriger und schmerzhafter Prozess für alle Beteiligten. Es gab und gibt keine einfachen Antworten. Und es gab und gibt nicht eine Geschichte. Das ist bis heute so. Dennoch haben die Menschen im Westen der Republik ein ge-

meinsames kollektives Gedächtnis „erarbeitet“, das nicht von Heldenmythen geprägt ist, sondern in hohem Maße auch von einer kollektiven Schuld. Bis heute gibt es keinen Stillstand in der Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels deutscher Geschichtsschreibung. Und nur so ist auch zu erklären, dass die NS-Zeit noch immer im gesellschaftlichen Gedächtnis aktuell ist. Die gegenwärtigen Formen der Erinnerungskultur sind in der Auseinandersetzung mit den beiden genannten Generationen entstanden. Sie haben bis heute Gültigkeit. Allerdings reichen sie alleine nicht mehr aus, denn zwei weiteren Gruppen müssen wir Zugang zum Stadtgedächtnis geben. Sie brauchen u. U. andere Zugänge und sie werden mit Sicherheit andere Fragen stellen, anders gewichten und anders interpretieren als es die Menschen vor ihnen taten.

Die dritte und vierte Generation: Übersättigung oder Engagement?

Im Gegensatz zu der zweiten Generation, den Söhnen und Töchtern der Kriegs- und Vorkriegsgeneration, die noch einen persönlichen, familiären Bezug zur NS-Zeit haben und von den familiären Traditionen stark geprägt waren, stellt sich die erinnerungspolitische Ausgangsposition der dritten und vierten Generation (Enkel, Urenkel) doch anders dar. Hier gibt es eine zunehmende zeitliche Distanz zum Nationalsozialismus und das Fehlen einer als persönlich erlebten, familiären Betroffenheit.

Das Wissen wird daher weniger über das Familiengedächtnis vermittelt als kulturell über Schule und Öffentlichkeit und vielleicht sogar in vielen Fällen durch die Medien (TV-History-Formate). Jungen Deutschen fehlt heute der emotionale Zugang der Betroffenen. Die Geschichte des Nationalsozialismus hat mittlerweile wenig mit dem eigenen emotionalen Bezugssystem zu tun. Nicht zuletzt deshalb fordert ein Teil der jungen Generation vehement und mit großem Selbstbewusstsein einen „Schlusstrich“ zu ziehen. Die Gleichgültigkeit gegenüber der NS-Zeit geht nicht selten auch mit dem Gefühl der Übersättigung einher.

Diese Beobachtung trifft allerdings nur auf einen Teil der dritten und vierten Generation zu. Ein anderer Teil hat großes Interesse an einer Aufarbeitung der Vergangenheit. Das zeigt auch das Engagement bei Gedenkprojekten, in der Gedenkstättenarbeit und anderen Formen der Erinnerungskultur. Mitentscheidend für das persönliche Engagement ist die individuelle Ansprache der Jugendlichen.

1. Wichtig ist ein emotionaler Zugang zur Geschichte der NS-Herrschaft, indem junge Menschen durch die Erforschung der eigenen Familiengeschichte oder die Beschäftigung mit der Biografie von Tätern und/oder Opfern motiviert werden. Wie intensiv die Auseinandersetzung in unserer Stadt sein kann, zeigt das positive Beispiel des seit zehn Jahren existierenden Gedenkbuchprojektes. Hier recherchieren Schüler/innen unter fachlicher Anleitung des Archivs die Lebensgeschichten Offenburger Juden. Eine Schülerin nahm sogar mit in den USA lebenden Nachfahren einer Offenburger Jüdin Kontakt auf und besuchte die Familie.
2. Wichtig ist auch die Möglichkeit der persönlichen Auseinandersetzung mit dem Thema. Deshalb sind unterschiedliche Zugänge zu den Themen, unterschiedliche Formen der Auseinandersetzung und verschiedene intellektuelle Zugangsebenen von großer Bedeutung. Bisher bereits erfolgreich und zugleich zukunftsweisend in Offenburg sind die Projekte von Baal Novo, der Schultheater, der Jungen Theaterakademie sowie Film- und Onlineprojekte, beispielsweise der Hochschule Offenburg.

Brauchen wir in einer Einwanderergesellschaft und angesichts der Europäisierung und Globalisierung eine andere kommunale Erinnerungskultur?

Im Zuge von Migration und Globalisierung geraten Geschichte und Erinnerung stärker als je zuvor in den Sog von gesellschaftlichen Pluralisierungsprozessen. Die Zugänge zu bestimmten historischen Ereignissen und die damit verbundenen Geschichtsbilder und Erinnerungswelten verändern und vervielfältigen sich. Das kollektive Gedächtnis der Deutsch-Türken/innen, Spätaussiedler/innen, der Kriegsflüchtlinge und Asylsuchenden verbindet sich erst langsam mit dem des Gastlandes und hat in der Mehrheitsgesellschaft (noch) keinen Platz gefunden.

Als Gruppen in der Stadtgesellschaft verfügen die Neubürger über einen eigenen kollektiven „Erinnerungspool“, zu dem andere Gruppen, wie etwa auch die Mehrheitsgesellschaft, nur wenig Zugang haben, weil diese Erinnerungen (bisher) nicht institutionalisiert sind. Das mag einer der Gründe sein für die starke Community-Bildung von Migranten, die auf längere Sicht zu Parallelgesellschaften führen kann, wie wir sie in vielen Städten beobachten und häufig kritisieren. An dieser Stelle ist also zu überlegen, wie die kollektiven Erinnerungen von

Migrantengruppen Teil der gesamtstädtischen Erinnerungskultur werden können.

Hier stellen sich die Fragen: Inwieweit wollen wir diese Erinnerungen als Teil unseres kollektiven Gedächtnisses zulassen? Wie können sie mit dem Vorhandenen verknüpft werden? Dabei ist zu berücksichtigen, dass Erinnerungen, insbesondere Erinnerungen von starker emotionaler Bedeutung, von den Betroffenen nicht einfach beiseitegelegt werden können. Je größer die Emotion (und bei Krieg, Flucht und Vertreibung können wir eine extrem starke Emotion voraussetzen), desto stärker und nachhaltiger die Erinnerung.

Das Offenburger Museum im Ritterhaus konnte mit mehreren Sonder-Ausstellungen zum Thema Migration bereits erste, positive Erfahrungen sammeln.

Eine Erinnerung, die Flüchtlinge und Asylsuchende miteinander, aber mit den meisten von uns nicht teilen, ist eine sehr starke Verlusterfahrung: Heimatverlust, Verlust von geliebten Menschen. In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg ist es in Deutschland gelungen, die Verlusterfahrung der Heimatvertriebenen zu institutionalisieren. Der (im Übrigen sehr kontrovers geführte) Diskurs dauerte noch bis weit in die neunziger Jahre hinein.

Gruppen, die später nach dem Zweiten Weltkrieg in unsere Stadt gekommen sind, haben ihre eigene(n) Geschichte(n) mitgebracht. Diese werden mündlich tradiert und in den Familien und Gemeinschaften weitergegeben. Sie sind gegenwärtig als Teil der Erinnerung unserer Stadtgesellschaft jedoch kaum sichtbar und uns oft gar nicht bekannt oder zumindest nicht bewusst. Dies betrifft in hohem Maße die Gruppe der sogenannten „Russlanddeutschen“, die vor allem seit den achtziger Jahren (zurück) nach Deutschland gekommen sind. Gleiches gilt aber auch für die ehemaligen „Gastarbeiter/innen“. Diese Gruppen haben heute oft das Gefühl, nicht „ganz“ dazuzugehören. Es wird daher Zeit, dass wir ihre ganz persönliche(n) Geschichte(n) als das betrachten, was sie tatsächlich sind: Ein Teil unserer Stadtgeschichte.

Viele Menschen, die gegenwärtig als Flüchtlinge zu uns kommen, wird dies in Zukunft ebenfalls betreffen. Wir werden uns künftig ganz bewusst stärker auch um Geschichte(n) kümmern, die diese neuen Bevölkerungsgruppen mitbringen. Nur wenn deren Erfahrungen und Erlebnisse auch gehört werden, können wir in absehbarer Zukunft mit einem Verständnis unserer „einheimischen“ Geschichte und Kultur rechnen. Durch die gemeinsame Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Erfahrungen kann Integration gelingen.

In Bezug auf die Erinnerung an die NS-Zeit wird in letzter Zeit vermehrt die Frage gestellt, ob man von Einwanderern erwarten könne, bezogen auf den Nationalsozialismus und den Holocaust, das „negative Erbe“ des Aufnahmelandes anzutreten.

Es ist vielmehr zu überlegen, ob die je eigenen Erfahrungen der Neubürger/innen mit ihrem totalitären Herkunftsstaat nicht Anknüpfungspunkt für gemeinsame Erinnerungen/Erfahrungen bieten.

Die empirische Studie der Soziologin Viola B. Georgi aus dem Jahr 2003 zeigt: Jugendliche mit Migrationshintergrund orientieren sich zunächst an den historischen Traditionen des Herkunftslandes. Diese Orientierung verbindet sich mit der jeweiligen Familiengeschichte. Entscheidend ist aber auch die Position, die die Familie im Herkunftsland hatte (z.B. Angehöriger der Mehrheit oder einer Minderheit). Sie verorten sich vorzugsweise in ihrer ethnischen Community im Einwanderungsland. Die Heranwachsenden bilden ein transnationales oder hybrides, aus Elementen unterschiedlicher Kollektivgedächtnisse zusammengesetztes, Geschichtsbewusstsein aus. Die aufnehmende Stadtgesellschaft muss entscheiden, wie sie mittel- und langfristig die anderen Erfahrungen der Neubürger in die eigene Stadtgeschichte integriert. Nichts ist schlimmer für den Einzelnen als die Erfahrung, nicht mehr dorthin zu gehören, wo man herkommt, aber auch nicht dahin, wo man hingekommen ist.

Wenn es uns gelingt – und hier wird Willkommenskultur eine ganz neue Bedeutung erfahren –, bei den Neubürgern eine neue und zugleich positive Identitätsbildung zuzulassen, dann können wir die Bildung von Parallelgesellschaften auf ein verträgliches Maß reduzieren.

Georgis Studie kommt zum Ergebnis, dass es bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine Vielfalt von Geschichtsbezügen gibt, die bei aller Unterschiedlichkeit auch Gemeinsamkeiten aufweist: Die Jugendlichen ringen in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus mit der Frage der Zugehörigkeit und Anerkennung. Georgi kommt zu dem Schluss: Die Zukunft gehört daher einer stärker europäisierten bzw. globalhistorischen Erinnerungskultur.

Fixpunkte einer zukünftigen Erinnerungskultur in Offenburg

Für Offenburg ist es eine wichtige Aufgabe der nächsten Jahre, wie die ERINNERUNGEN der Neubürger erzählt werden, wie Erinnerungen mit Offenburger Erfahrungen verbunden werden und wie sie mittelfristig in ein institutionalisiertes kommunales Gedächtnis aufgenommen werden können.



Abb. 5: Blick auf den Salmen

In Offenburg sollen vorhandene Erinnerungsorte gestärkt werden durch eine Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung und durch die Konzentration auf wenige, ausgewählte Gedenkort. Neben der Pflege und Unterhaltung von Mahnmalen und Gräbern im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus setzt die Stadtverwaltung Offenburg ihren Schwerpunkt der Erinnerungskultur weiterhin auf zwei Themen: Die Zeit des Vormärz und die damit verbundene Demokratie-Geschichte einerseits sowie die Zeit des Nationalsozialismus und die damit verbundene Geschichte der Zerstörung andererseits.

Die öffentliche Wirkung städtischer Erinnerungs- und Gedenkveranstaltungen soll zukünftig gestärkt werden. Die Verwaltung wird dazu in jedem Jahr den Fokus auf wenige Veranstaltungen setzen und die Inhalte dieser Angebote deutlicher als bisher ins Bewusstsein der Offenburger Stadtgesellschaft rücken. Dass dies erfolgreich gelingen kann, zeigen die beiden jährlich wiederkehrenden Veranstaltungen zum 12. September (Salmengespräch) und 9. November (Gedenken an die Novemberpogrome 1938). Zur inhaltlichen Vorbereitung der jährlichen „9. November“-Gedenkveranstaltung trifft sich seit 2003 der „Arbeitskreis 9. November“ (Vertreter der Kirchen, Jüdische Gemeinde Emmendingen, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund deutscher Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN BdA), Fachbereichsleitung Kultur, Kulturbüro und Archiv). Die große Resonanz von oft 200 bis 300 Besuchern zeigt, wie wichtig bewusste Vorbereitung und Planung und die Einbindung unterschiedlicher Gruppen sind.



Neben den o. g. Veranstaltungen, die der intellektuellen Fundierung dienen, sind auch große Feste mit Breitenwirkung notwendig für eine als gemeinsam erlebte Erinnerungskultur. Vor allem das Freiheitsfest, aber teilweise auch das Internationale Fest in Offenburg erfüllen diese wichtige Funktion. Sie erreichen sehr viel mehr Menschen und sie erreichen diese emotional. Es ist wichtig, dass sie bewusst als Teil der Erinnerungskultur wahrgenommen werden. Als verbindendes Zeichen für Demokratie und Freiheit in der Stadtgeschichte hat sich Offenburg jüngst auf das Symbol einer Schriftrolle für die 13 Forderungen des Volkes in Baden geeinigt.

Abb. 6: Die erfolgreiche Theater-Sound-Video-Installation „Story Offenburg“ von Annete Müller

Erinnerung braucht beides: Sichtbare Symbole und authentische Orte

Offenburg hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder deutlich für Werte wie Menschenrechte, Demokratie und Freiheit ausgesprochen und wird dies auch in Zukunft tun. Allerdings bedeutet dies nicht, dass im öffentlichen Raum zusätzliche Mahnmale und Erinnerungsorte an die Verfolgung der NS-Zeit bzw. an die Demokratiebewegung geschaffen werden sollen. Hauptaufgabe wird es vielmehr sein, den bedeutendsten authentischen Ort in der Stadt, den Offenburger „Salmen“ in dessen Funktion als DIE zentrale Stätte der Erinnerung aufzuwerten und der Öffentlichkeit stärker zugänglich zu machen. Dazu wird eine inhaltliche und gestalterische Neuausrichtung notwendig sein.

Verwendete Literatur

- Aleida Assmann: Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, 2014
- Meike Sophia Baader, Tatjana Freytag (Hg.): Erinnerungskulturen: Eine pädagogische und bildungspolitische Herausforderung, 2015
- Hans-Joachim Fliedner: Eine Stadt erinnert sich, Offenburg 1997
- Norbert Frei, Sybille Steinbacher (Hg.): Beschweigen und Bekennen. Die deutsche Nachkriegsgesellschaft und der Holocaust, 2001
- Wolfgang M. Gall: Gescheitert oder erfolgreich. Die Entnazifizierung in der Stadtverwaltung Offenburg 1945–47, in: Die Ortenau, 2009
- Helmut König: Die Zukunft der Vergangenheit. Der Nationalsozialismus im politischen Bewußtsein der BRD, 2003
- Christian Meier: Das Gebot zu Vergessen und die Unabweisbarkeit des Erinnerns. München 2010
- Peter Reichel: Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur in Politik und Justiz, 2007
- Harald Schmid: Von der „Vergangenheitsbewältigung“ zur „Erinnerungskultur“: zum öffentlichen Umgang mit dem Nationalsozialismus seit Ende der 1970er Jahre, in: Öffentliche Erinnerung und Medialisierung des Nationalsozialismus: eine Bilanz der letzten dreißig Jahre. Gerhard Paul und Bernhard Schoßig (Hrsg.), 2011
- Sylvia Schraut, Peter Steinbach, Wolfgang M. Gall, Reinhold Weber: Menschenrechte und Geschichte, 2015
- Ulrich Thamer: Straßennamen in der öffentlichen Diskussion – Der Fall Hindenburg
- Benedikt Widmaier, Gerd Steffens (Hg.), Politische Bildung nach Auschwitz. Erinnerungsarbeit und Erinnerungskultur heute. 2015
- [http://www.zeitgeschichte-online.de/kommentar/wenn-ein-deutscher-eine-serbische-geschichte-schreibt_„Wenn_ein_Deutscher_eine_serbische_Geschichte_schreibt...“_Ein_Beitrag_zum_\(Miss\)Verstehen_des_Anderen_von_Holm_Sundhaussen_\(17.2.2017\)](http://www.zeitgeschichte-online.de/kommentar/wenn-ein-deutscher-eine-serbische-geschichte-schreibt_„Wenn_ein_Deutscher_eine_serbische_Geschichte_schreibt...“_Ein_Beitrag_zum_(Miss)Verstehen_des_Anderen_von_Holm_Sundhaussen_(17.2.2017))
- <https://www.bundestag.de/parlament/praesidium/reden/2017/002/490682> (17.2.2017)

Projekte zur Offenburger Erinnerungskultur

Zu den Aufgaben der städtischen Kultureinrichtungen gehören im Rahmen der Erinnerungsarbeit:

- Auswahl, Aufbewahrung, Bewerten und Bereitstellung von Objekten, Dokumenten und anderen Archivquellen;
- Anstoßen und Wachhalten von gesellschaftlich relevanten Diskursen;
- Schaffung von Rahmenbedingungen für das Engagement unterschiedlicher Gruppen.

Seit 1988 begleitet, unterstützt und bietet der Fachbereich Kultur (vormals Kulturamt) mit seinen Abteilungen, insbesondere mit Stadtarchiv und Museum, verschiedene Recherchen, Schulprojekte, Veranstaltungen, Ausstellungen und museumspädagogische Angebote zu den Themengebieten „Nationalsozialismus“ und „Demokratie“, die beispielhaft, aber nicht vollständig aufgeführt werden.

- 1947 100 Jahr-Feier der Offenburger Versammlung in der Stadthalle
- 1955 Aufstellung eines Mahnmals für die durch eine Zeitmiene am 4. Mai 1945 getöteten sowjetischen Displaced Persons
- 1962 Der Vorschlag der CDU-Gemeinderatsfraktion eines Heckerbrunnens auf dem Lindenplatz scheidet
- 1964 Anlegung des Ehrenfriedhofs für die ermordeten Häftlinge und ausländischen Zwangsarbeiter (Stadt und VDK)
- 1969 Erste lokalthistorische Veröffentlichung zur Geschichte der jüdischen Gemeinde Offenburgs durch Museumsleiter Dr. Otto Kähni in „Die Ortenau“
- 1978 Erinnerungstafel an die Novemberpogrome 1938 am Salmen
- 1980 Ausstellung des Stadtarchivs zu den Offenburger Ereignissen 1847–1849
- 1982 Beginn des Projektes „Verfolgung und Widerstand“

- 1987 Jüdischer Friedhof, Gedichte (Oken-Gymnasium) und Einladung emigrierter jüdischer Überlebender (auch in den Folgejahren)
- 1988 Diskussion um das Revolutionsdenkmal „Die Faust“ von Alfred Hrdlicka
- 1990 Mahnmal auf dem jüdischen Friedhof
- 1994 Veranstaltungsreihe zum Thema Widerstand und 20. Juli 1944
- 1995 Gedenktafel für die von der Reichsbahn deportierten Opfer (Gewerkschaften, VVN, Ausländerinitiative u. a.)
- 1999 Abschluss des Projektes „Verfolgung und Widerstand“ durch Dr. Martin Ruch
Veröffentlichung der Dissertation von Dr. Bernd Boll (Zwangsarbeiter in Offenburg)
- 2000 Gedenktafel für die in Gurs Ermordeten am Schiller-Gymnasium „Steine des Erinnerns“ in der Mikwe
- 2001 Gedenkstein für die auf dem Bahngelände ermordeten Juden
- 2002 Die Skulptur „freedom/male/female von J. Borofsky wird auf dem Kulturforum eingeweiht
- 2003 Eröffnung des Salmen mit Bundespräsident Johannes Rau
Beginn des Projektes „Stolpersteine“
Besuch ehemaliger osteuropäischer Zwangsarbeiter
Erstellung einer Datenbank zu den in Offenburg eingesetzten Zwangsarbeitern
- 2004 Mahnmalprojekt „Koffer“ mit Jugendlichen
- 2006 bis heute Gedenkbuchprojekt mit Schüler/innen
- 2009 Zug der Erinnerung
Publikation „Mort pour la France“ zum Gedenken an die ermordeten vier französischen Resistance-Kämpferinnen (Frauengeschichtswerkstatt)
- 2010 Ausstellung zum 70. Jahrestag der Deportation nach Gurs im Museum
- 2013 Studierende berichten über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in Offenburg
- 2014 Die Gedenkstätten am südlichen Oberrhein schließen sich zu einer AG zusammen und informieren über eine Homepage
- 2015 Projekt Erich-Kästner-Realschule, Buntes Haus und Stadtarchiv „KZ in der Nachbarschaft“ mit Enthüllung einer Gedenktafel
Ausstellung über die Außenlager des KZ Natzweiler
Vortrag über das Thema „Arisierung in Offenburg“ von Götz Aly
Wiederaufhängung der Gedenktafel für die von der Reichsbahn Deportierten
Veranstaltungsreihe des Fachbereichs Kultur „70 Jahre Ende der NS-Herrschaft und des Zweiten Weltkriegs“
- 2016 Beschluss des Gemeinderats zum Umgang mit NS-belasteten Straßennamen

Literatur zu den Themen „NS-Zeit, Verfolgung und Widerstand“ sowie „Demokratie- und Revolutionsgeschichte 1847–49“ in Offenburg

- Kitzing, Michael: Dr. Wolfram Rombach: „Von der Welle der Macht auf einen ihm nicht gemäßen Posten gespült. In: Wolfgang Proske (Hg.): Täter Helfer Trittbrettfahrer. NS-Belastete aus Südbaden (Bd. 6) (2017)
- Gall, Wolfgang M.: „Von der Schulbank zur NSDAP“. Neue Erkenntnisse zur Entstehungsgeschichte der Offenburger NSDAP (1922–1928). In: Lebenswelten im ländlichen Raum. Historische Erkundungen in Mittel- und Südbaden (Bd. 2) 2017
- Ruch, Martin: Jüdische Frauen aus Offenburg. Zehn Lebensläufe im Zeichen der Schoah (2016)
- Schraut, Sylvia, Steinbach, Peter, Gall, Wolfgang M., Weber, Reinhold (Hg.): Menschenrechte und Geschichte. Die 13 Offenburger Forderungen des Volkes von 1847 (2015), darin zur Offenburger Erinnerungskultur: Gall, Wolfgang M. *Erinnert und nicht vergessen? Zur Offenburger Rezeptionsgeschichte der Revolutionsereignisse 1847–1849* und Interview mit Hans-Joachim Fliedner
- Ruch, Martin: „Isac, Abram und Jacob“ – Quellen zur Geschichte der Offenburger Juden (2015)
- Ruch, Martin: Kaddisch für Julius und Berta Stern (2015)
- Gall, Wolfgang M.: Die Stadtverwaltung Offenburg zwischen Zusammenbruch und demokratischem Neuanfang 1945–1947. In: Bräunche, Ernst, Steinbach, Peter (Hg.): Stadt und Demokratie. (2014)

- Ruch, Martin: Die Offenburger Juden im Ersten Weltkrieg 1914–1918 und der „Dank des Vaterlandes“. In: Die Ortenau 94 (2014)
- Ders.: „Granatkomotionsneurosen“: Die jüdische Ärztin Dr. Hertha Wiegand behandelt traumatisierte Soldaten. In: Die Ortenau 94 (2014)
- Ders.: Jüdische Persönlichkeiten aus Offenburg: Wissenschaft, Kunst und Kultur. Norderstedt (2013)
- Ders.: „Die Welt, die ich kannte, liegt im Staub.“ Kurt Offenburg (1898–1946) aus Offenburg, jüdischer Journalist. In: Die Ortenau 93 (2013)
- Ders.: „Man gebe den Juden im ganzen Land / Zum Schutze Waffen in die Hand!“ Ein Purimspiel aus Offenburg von Sylvia Cohn (Offenburg 1904 – Auschwitz 1942). In: Die Ortenau 93 (2013)
- Stadt Offenburg (Hg.): Rundgang Stolpersteine Offenburg. (2012)
- Ruch, Martin: Vor aller Augen. Die Versteigerung jüdischen Eigentums in Offenburg nach der Deportation vom 22. Oktober 1940. In: Die Ortenau 92 (2012)
- Merker, Manfred: Wie der Direktor des Offenburger Gymnasiums als Hochverräter 1849 ins Zuchthaus kam. In: Die Ortenau 92 (2012)
- Ders.: Gebhard Gagg – „Aufzeichnungen eines Offenburgers 1848/49. In: Die Ortenau 92 (2012)
- Bauer, Sonja-Maria: Offenburg und Rastatt 1847–1849. „Freiheit, aber auch Ordnung und Einheit des Vaterlandes“. In: Reinhold Weber/Peter Steinbach/Hans-Georg Wehling (Hrsg.): Baden-württembergische Erinnerungsorte (2012)
- Ruch, Martin: „Und bin auch ich knapp der Deportation entgangen“ – Jüdische Kindheit und Jugend in Offenburg vor und nach der Machtergreifung 1933. In: Haus der Geschichte Baden-Württemberg. Heidelberg (Hg.): Jüdische Kindheit und Jugend. Laupheimer Gespräche 2011. (2012)
- Ders.: Geschichte der Offenburger Juden. Jiskor: Erinnere Dich. Norderstedt (2011)
- Junk, Anne: Offenburg. In: Arbeitsgemeinschaft zur Unterhaltung und Pflege des Deportiertenfriedhofs in Gurs (Hg.): Geschichte und Erinnerungskultur. 22. Oktober 1940 – Die Deportation der badischen und saarpfälzischen Juden in das Lager Gurs (2010)
- Gall, Wolfgang M.: „Arbeit für das Volk der Ortenau und damit für unser deutsches Volk“. Der Historische Verein für Mittelbaden im Dritten Reich. In: Festschrift 100 Jahre Historischer Verein für Mittelbaden e. V. 1910–2010 (2010)
- Ruch, Martin: „Nichts wie hoffen und warten ...“: Oktoberdeportation der badischen und saarpfälzischen Juden 1940. Briefe aus den südfranzösischen Lagern an den letzten Vorsteher der jüdischen Gemeinde Offenburg, Emil Neu. (2010) www.freidok.uni-freiburg.de/volltexte/7312 (e-book)
- Ders.: Kaddisch für den jüdischen Viehhändler Ludwig Greilsheimer aus Offenburg. In: Die Ortenau 90 (2010)
- Ders.: Jüdische Sportjugend in Offenburg nach 1933. In: Die Ortenau 89 (2009)
- Ders.: Major Karl Plagge, ein „Gerechter unter den Völkern“, und Alfons von Deschwanden (Offenburg): „Sie waren für uns ein leuchtender Stern in der Dunkelheit!“ In: Die Ortenau 89 (2009)
- Jansen-Degott, Ruth, Junk, Anne (Hg.): Mortes pour la France. Annäherung an die vier 1944 in Offenburg ermordeten französischen Widerstandskämpferinnen (2009)
- Gall, Wolfgang M.: Oskar Wiegert: Vom Ortsgruppenleiter zum Dorfschullehrer, in: Die Ortenau 89. (2009)
- Ders.: Gescheitert oder erfolgreich? Die Entnazifizierung der Stadtverwaltung Offenburg 1945–47, in: Die Ortenau 89 (2009)
- Ruch, Martin: Das Novemberpogrom 1938 und der „Synagogenprozeß“ 1948 in Offenburg. (2008)
- Lörcher, Andreas: Antisemitismus in der öffentlichen Debatte der späten fünfziger Jahre: mikrohistorische Studie und Diskursanalyse des Falls Zind. Dissertation (2008) URN: [urn:nbn:de:bsz:25-opus-57996](http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:25-opus-57996)
- Asche, Susanne, Bräunche, Ernst-Otto (Hg.), Die Straße der Demokratie. Ein Routenbegleiter auf den Spuren der Freiheit (2007)
- Bultmann, Markus: Erfahrung von Freiheit und Unfreiheit in der deutschen Geschichte. Rastatt und Offenburg: Erinnerungsorte der Revolution 1848/49. Darstellung – Vermittlung – Dokumentation (2007)
- Syré, Ludger: Rombach, Wolfram. – In: Baden-Württembergische Biographien. Band 4. (2007)
- Dzialoszynski, Samuel, Ruch, Martin: Der jüdische Friedhof in Offenburg. (2007) www.freidok.uni-freiburg.de/volltexte/2922

- Syré, Ludger: Wolfram Rombach – Offenburgs Oberbürgermeister im Dritten Reich. In: Die Ortenau 86 (2006)
- Ruch, Martin: „Inzwischen sind wir nun besternt worden.“ Das Tagebuch der Esther Cohn und die Kinder vom Münchner Antonienheim (2006)
- Lörcher, Andreas: „Nur die Spitze des Eisbergs“. In: Die Ortenau 86 (2006)
- Ruch, Martin: Leben unter dem Sondergesetz: Jüdische Patienten im Städtischen Krankenhaus Offenburg. In: Die Ortenau 86 (2006)
- Ruch, Martin: Memoriam Charles Hermand. In: Die Ortenau 85 (2005)
- Asche, Susanne: Der Salmen in Offenburg. Ein Kulturdenkmal von nationaler Bedeutung und ein Kristallisationspunkt populärer Erinnerungskultur. In: Badische Heimat, H. 2. (2004)
- Klaus Eisele, Joachim Scholtyseck (Hg.): Offenburg 1919–1949 (2004)
- Ruch, Martin: Sylvia Cohn (1904–1942): Gedichte und Briefe. Hrsg. Von Eva Mendelsson und Martin Ruch. (2004)
- Schellinger, Uwe: Sklavenarbeit in Offenburg: Der Weg des KZ-Häftlings Marko Moskowitz. In: Die Ortenau 84 (2004)
- Gall, Wolfgang M. mit Cornelius Gorka: Quellen zur Geschichte der Zwangsarbeit in der Ortenau. In: Die Ortenau 83 (2003)
- Stadt Offenburg (Hg.): Der Salmen in Offenburg. Festschrift zur Eröffnung am 20. September (2002)
- Ruch, Martin: „Ich bitte noch um ein paar Sterne ...“ Jüdische Stimmen aus Offenburg, Bd. 2. Interviews, autobiographische Zeugnisse, schriftliche Quellen. (2002)
- Ders.: Der „Salmen“. Geschichte der Offenburger Synagoge. (2002)
- Breidbach, Olaf, Fliedner, Hans-Joachim, Ries, Klaus: Lorenz Oken. Ein politischer Naturphilosoph. (2001)
- Ruch, Martin: Bilder von der Deportation der badisch-elsässischen Juden nach Gurs. (2000)
- Ders.: Der gute Ort. Jüdischer Friedhof Offenburg (zusammen mit Samuel Dzialoszynski). (2000)
- Ders.: Der letzte Offenburger Rabbi. In memoriam Bernhard Gries. In: Die Ortenau 80 (2000)
- Wien, Bernhard: Die Reden der Offenburger Versammlung 1847 – ein Treffen radikaler Liberaler. In: Die Ortenau 79 (1999)
- Limbach, Jutta: Die Bedeutung der Offenburger Forderungen 1847 und 1849 für den modernen Verfassungsstaat. In: Die Ortenau 79 (1999)
- Vollmer, Franz X: Zwei Mosaiksteine zur Geschichte der Offenburg 48er: Der Geburtsort von Gustav Réé und der spätere Lebensweg von Theodor Nerlinger. In: Die Ortenau 79 (1999)
- Ruch, Martin: Jüdisches Offenburg. Einladung zu einem Rundgang. (1999)
- Junk, Anne: „Ihr werdet für ewige Zeiten Euch ein ruhmvolles Denkmal setzen“. Wie Frauen 1848/49 die Revolution unterstützten. (1999)
- Langewiesche, Dieter: Demokratiebewegung und Revolution 1847 bis 1849. Internationale Aspekte und europäische Verbindungen. (1998), darin zur Offenburger Erinnerungskultur: Fliedner, Hans-Joachim: Eine Stadt erinnert sich. Versuch einer lokalen Aufarbeitung des Erinnerns an die Demokratiebewegung 1847 bis 1849
- Gall, Wolfgang M.: Offenburg und die Demokratiebewegung von 1848/49. In: Die Ortenau 78 (1998)
- Ders.: Die Offenburger Volksversammlung vom 19. März 1848. In: Die Ortenau 78 (1998)
- Ders.: Der Landeskongreß der badischen Volksvereine vom 12. und 13. Mai 1849. In: Die Ortenau 78 (1998)
- Ders.: Gustav Réé: Ein Bürgermeister zwischen Barrikaden und Parlament'. In: Die Ortenau 78 (1998)
- Ders.: Bleischwerer Druck auf den Gemütern? Offenburg nach der Revolution von 1848/49. In: Die Ortenau 78 (1998)
- Ders.: Feste Feiern? Zur demokratischen Traditionsbildung im Demagogensitz Offenburg. In: Badische Heimat, H.1. (1998)
- Gall, Wolfgang M.: Ein Signal zur Schulterhebung in Deutschland. Zu den Hintergründen religiös – politischer Unruhen in der Stadt Offenburg 1845/46. In: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, 145 (1997)
- Reinbold, Wolfgang: Die 48er Revolution in Baden im Spiegel der Medien – Geschichtliche Wahrheiten und ihre Darbietung in der Gegenwart. In: Die Ortenau 78 (1998)

- Ruch, Martin: Aus der Heimat verjagt. Zur Geschichte der Familie Neu. Jüdische Schicksale aus Offenburg und Südbaden. (1998)
- Schimpf, Rainer: Offenburg 1803–1847 (1997)
- Vollmer, Franz X: Offenburg 1848/49 (1997)
- Boll, Bernd: Befreiungen, Fremdarbeiter erleben das Kriegsende in Baden 1945. In: Die Ortenau 77 (1997)
- Fliedner, Hans-Joachim: Das jüdische Erbe und wir. In: Die Ortenau 77 (1997)
- Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Stadt Offenburg (Hg.): „Des Volkes Freiheit“. Die Revolutionäre von Offenburg 1847–49. (1997)
- Ruch, Martin: In ständigem Einsatz. Das Leben Siegfried Schnurmanns. Jüdische Schicksale aus Offenburg und Südbaden. (1997)
- Stadt Offenburg (Hg): Freiheitsheft (1997)
- Stadt Offenburg (Hg.): Freiheitsblätter (1997)
- Seitz, Birgit: Straßenumbenennungen in Offenburg zwischen 1933 und 1948. In: Die Ortenau 77 (1997)
- Friedmann, Michael, Gall, Wolfgang M.: Offenburg, in: AG hauptamtlicher Archivare im Städtetag Baden-Württemberg (Hg.), Revolution im Südwesten. Stätten der Demokratiebewegung 1848/49 in Baden-Württemberg. (1997)
- Gall, Wolfgang M.: Erschütterungen – Private Wahrnehmungen und politische Deutungen des Kriegsendes in Offenburg. In: Badische Heimat, H. 2. (1995)
- Ders.: Wolfgang M.: NS – Geschichte im Museum im Ritterhaus Offenburg. In: Museumsblatt, 18 (1995)
- Ruch, Martin: Verfolgung und Widerstand in Offenburg 1933–1945. (1995)
- Ders.: Jüdische Stimmen aus Offenburg. (1995) Gall, Wolfgang M. (Mitautoren: K. Maier, M. Reininger und J. Stude): Chronologie des Kriegsendes in der Ortenau – Eine Dokumentation. In: Die Ortenau 75 (1995)
- Fliedner, Hans-Joachim, Friedmann, Michael, Gall, Wolfgang M.: 150 Jahre Deutsche Revolution. Ergebnisse des Offenburger Kolloquiums vom 8. Oktober 1993
- Boll, Bernd: Konzentrationslager auf Schienen. Eisenbahn-Baubrigaden der SS in Offenburg 1944/45. In: Die Ortenau 73 (1993)
- Ders.: „Das wird man nie mehr los ...“. Ausländische Zwangsarbeiter in Offenburg 1939 bis 1945. Dissertation (1993)
- Ruch, Martin: Familie Cohn. Tagebücher, Briefe, Gedichte einer jüdischen Familie aus Offenburg. (1992)
- Boll, Bernd: ... das gesunde Volksempfinden auf das Größte verletzt“. Offenburger Strafjustiz im 2. Weltkrieg. In: Die Ortenau 71 (1991)
- Fliedner, Hans-Joachim: Die jüdische Gemeinde in Offenburg und die jüdische Kleingemeinde in der Ortenau. In: Die Ortenau 70 (1990)
- Ruch, Martin: Tanzsaal – Synagoge – Lagerhalle. Zur Geschichte des „Salmen“ in Offenburg. In: Die Ortenau 67 (1987)
- Vögely, Ludwig: Aus Offenburgs großer Zeit. Die Offenburger Versammlungen von 1847–1849. In: Badische Heimat 60 (1980)
- Friedmann, Michael: Offenburg und die Badische Revolution von 1848/49. Begleitheft zur Ausstellung des Stadtarchivs anlässlich d. Heimattage Baden-Württemberg (1980)
- Lehmann, Karl-August: Offenburg zur Zeit der Weltwirtschaftskrise 1930–1933. (1977)
- Kähni, Otto: Offenburg und die demokratische Volksbewegung. (1947)
- Ders.: Geschichte der Offenburger Judengemeinde. In: Die Ortenau 49 (1969)
- Huber, Franz: Offenburg in der Zeit des Vormärz und den Revolutionsjahren 1848–49. (1947)
- Ders.: Verteidigungsschrift gegen Altbürgermeister Gustav Réé und acht seiner Gemeinderäte wegen Teilnahme am Hochverrat vor dem Hofgericht Bruchsal, abgedruckt in: Offenburger Adressbuch (1926)

Fotos: Stadtarchiv Offenburg